



# Gemeinderat

---

## Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 3. November 2011  
im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 18:55 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender  
1. Bgmstv. Herbert Mayer  
2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein  
StR Eva Lungner  
StR Dr. Wolfgang Jörg  
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler  
StR Ing. Roland König  
GR Hubert Niederbacher  
GR Richard Reinalter  
GR DI Andreas Pfenniger  
GR Markus Gerstgrasser  
GR Monika Rotter  
GR Mag. Jakob Egg  
GR Doris Sailer  
GR Peter Vöhl  
GR Hansjörg Unterhuber  
GR Gabriele Greuter  
GR Ahmet Demir  
GR-Ers. Johannes Schönherr

Abwesend und  
entschuldigt:

Mag. Kurt Leitl

Weiters an-  
wesend:

Finanzverwalter Walter Gaim  
Mag. Elisabeth Reich

Schriftführerin:

Sonja Streng

## Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Antrag des Stadtrates  
Löschung Vorkaufsrecht – Karl Kirschner
3. Antrag des Bau- und Wasserausschusses  
Verlängerung Pachtvertrag mit Ekkehard Pircher (Schwimmbadliegewise, Tiefbrunnen, Pegelhaus)
4. Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses  
Örtl. Raumordnung: Bebauungsplan Daniel Scherl; Verkehrsregelungen: Erweiterung Anrainerparkkatenzone A (Schulhausplatz); Agrarangelegenheit: Pachtvertrag Josef Raggl
5. Anträge des Wirtschafts- und Umweltausschusses  
Abfallgebührenordnung ab 2012; Müllabfuhrordnung ab 2012
6. Antrag des Wohnungsausschusses  
Wohnungsvergaben
7. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und geht sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über. Der Vorsitzende ersucht, einen weiteren Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheiten“ auf die Tagesordnung aufzunehmen. Damit erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2011 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Antrag des Stadtrates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

a. Löschung Vorkaufsrecht – Karl Kirschner

In EZ 1449 GB 84007 Landeck – im Alleineigentum von Herrn Karl Kirschner – ist unter C-LNr. 1 a, TZl. 2021/1976, das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Rechtsanwalt Dr. Robert Eiter stellt die Anfrage, ob die Stadtgemeinde Landeck der Löschung dieses Vorkaufsrechts zustimmt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 4. Oktober 2011 mit dem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat möge der Löschung des Vorkaufsrechts zustimmen.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Stadtrates einstimmig einverstanden.**

Pkt. 3) der TO.: **Antrag des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Ing. Roland König, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

**Verlängerung Pachtvertrag mit Ekkehard, Roswitha und Karlheinz Pircher**

Nach Ablauf des Pachtverhältnisses mit Ekkehard Pircher wurde mit ihm bzw. seiner Frau als Fruchtgenussberechtigte und mit seinem Sohn Karlheinz Pircher als neuer Liegenschaftseigentümer über eine Verlängerung der Grundbenützung für die Schwimmbadliegewise (1.320 m<sup>2</sup>) mit dem Pegelhaus (10 m<sup>2</sup>) sowie den Bestand und Betrieb des Nutzwasserbrunnens verhandelt. Dabei wurde nachstehendes Ergebnis erzielt:

**Bestandsdauer:**

15 Jahre unkündbar bis 31.12.2026 mit automatischer Verlängerung um ein Jahr bei Kündigungsverzicht

**Bestandszins:**

Euro 7.800,00 brutto mit Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 2010.

Der neu ermittelte Bestandszins wurde auf Basis einer Grundwertschätzung und mehreren Nachverhandlungen mit Herrn Pircher vereinbart.

**Vorkaufsrecht und Vorpachtrecht:**

Der Stadtgemeinde Landeck wird das grundbücherlich sichergestellte Vorkaufsrecht für die Gp. 1799/4 eingeräumt. Des Weiteren wurde nach Ablauf der Bestandsdauer ein Vorpachtrecht für die Stadtgemeinde Landeck vereinbart.

Der Gemeinderat wird hiermit um die Beschlussfassung für die Verlängerung des Pachtverhältnisses entsprechend dem beiliegenden Vertragsentwurf ersucht.

**Beschluss:**

**Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.**

Pkt. 4) der TO.: Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Dr. Wolfgang Jörg, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Bebauungsplan „A 72 URTL 8 – Scherl Daniel“ – Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 6. Oktober 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, den Entwurf des Bebauungsplanes „A72 URTL 8 – Scherl Daniel“ (gemäß §56 Abs. 1 TROG 2011), betreffend der Gp. 2276/3

gemäß §65 ff TROG 2011, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und zu beschließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in denen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

**Beschluss:**

**Damit erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.**

b. Ausweitung der Anrainerparkkatenzone A (Schulhausplatz)

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 6. Oktober 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss die Ausweitung der Anrainerparkkatenzone A (Schulhausplatz) um das Objekt Fischerstraße 16a/16 b beantragt.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Entscheidung im Sinne des Antrages ersucht.

StR Jörg fügt hinzu, dass die Befürwortung im Ausschuss einstimmig erfolgte. Es liegen bereits Ansuchen vor.

**Beschluss:**

**Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.**

c. Pachtvertrag Josef Raggl – Marienheimwiese Trams

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 6. Oktober 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, die bisher vom verstorbenen Peter Raggl gepachtete Marienheimwiese auf der Trams unter denselben Bedingungen an den Hofübernehmer Josef Raggl weiter zu verpachten.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Entscheidung im Sinne des Antrages ersucht.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich einstimmig einverstanden, die Marienheimwiese an Herrn Josef Raggl lt. beigefügtem Pachtvertrag zu verpachten.**

Pkt. 5) der TO.: Anträge des Wirtschafts- und Umweltausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wirtschafts- und Umweltausschusses, StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

Die Stadtgemeinde Landeck hat die Einführung der Abfallverwiegung (Restmüll und Biomüll) mit 01.01.2012 beschlossen. Aus diesem Grund muss die bestehende Abfall- und Müllgebührenordnung überarbeitet und neu verordnet werden.

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit den neu ausgearbeiteten Entwürfen befasst und in der Sitzung vom 20.10.2011 beschlossen, beiliegende Abfallgebührenordnung und Müllabfuhrordnung dem Gemeinderat vorzulegen. Festgehalten wird, dass beide Neufassungen vorab dem Land zur Vorbegutachtung übermittelt worden sind und von den zuständigen Sachbearbeitern mitgeteilt wurde, dass gegen die inhaltlichen Ausführungen keine Einwände bestehen.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung ersucht. Gemäß Tiroler Gemeindeordnung sind die erlassenen Verordnungen dem Land zur Verordnungsprüfung vorzulegen.

StR Hittler dankt vorab den Mitarbeitern, insbesondere Finanzverwalter Walter Gaim und Umweltberater Benno Flatschacher, die die Hauptaufgabe gehabt haben. Er dankt ebenso dem Umweltausschuss für das gute Klima und das Einvernehmen.

Hinsichtlich der Müllabfuhrordnung teilt StR Hittler mit, dass darin ua. die verschiedenen Abfälle definiert sowie der Abfuhrbereich, die Müllart und die Mindestmengen geregelt sind. Er informiert weiters, dass der Sperrmüll gebührenpflichtig ist. Die alte Verordnung hat nicht mehr dem Gesetz entsprochen, eine Überarbeitung war erforderlich.

StR Hittler berichtet bezüglich der Abfallgebührenordnung, dass sich künftig die Abfallgebühr aus einer Grundgebühr sowie einer weiteren Gebühr zusammensetzt. Die weitere Gebühr ergibt durch die Verwiegung. Bei der Grundgebühr wird zwischen Haushalte von 1-5 Personen, Fremdenverkehrsbetriebe, sonstige Betriebe, Ämter, Behörden, Kammern,

Schulen, Kindergärten, Kasernen, etc... unterschieden. Darüber hinaus gibt es Mindestmengen, die vorgeschrieben werden. Bei einem 1-Personenhaushalt sind dies 40 kg, bei einem 2-Personenhaushalt 56 kg. Auch für Gewerbebetriebe sind Mindestmengen – abhängig von der Anzahl von Beschäftigten – vorgeschrieben. Die weitere Gebühr für Restmüll pro kg beträgt Euro 0,440, für Biomüll Euro 0,242.

StR Hittler betont, dass die Müllabfuhr- und Abfallgebührenordnung auf die Gerechtigkeit des Aufkommens abzielen. Der 1-Personenhaushalt wird mit Mindestmengen höher bewertet. Um Härtefälle zu vermeiden, können Familien mit Kindern und Pflegefälle Ansuchen stellen.

2.Bgmstv. Jenewein bestätigt das angenehme Arbeitsklima im Ausschuss. Die Umstellung wird von Finanzverwalter Walter Gaim und Ing. Bernhard Weiskopf von der Umweltwerkstatt gut vorbereitet. Die Systemumstellung ist momentan berechtigterweise ein Thema für die Haushalte, vor allem in Blöcke. Es wird viel diskutiert und es gibt noch Unsicherheiten. Insgesamt wird das Ziel verfolgt, weniger Müll zu produzieren. Mit der Umstellung werden die Weichen gestellt. Er freut sich, dass es einstimmig konzipiert wurde und kostendeckend ist. Früher wurden die Müllgebühren knapp über der Inflation erhöht, waren allerdings nicht kostendeckend. Wer mehr Müll produziert, bezahlt mehr. Mehr als die Hälfte wird weniger bezahlen, so zum Beispiel alleinstehende PensionistInnen. Das Ziel ist, mehr Gerechtigkeit zu erreichen. Wenn man in 1 bis 2 Jahren am Radl noch drehen muss, dann wird man das tun.

StR Hittler informiert, dass bis jetzt jeder Haushalt jährlich ca. Euro 250,-- bezahlt hat. Künftig wird ein 1-Personenhaushalt bei ca. Euro 150,-- jährlich liegen, ein 5-Personenhaushalt bei ca. Euro 360,--, wenn die Mindestmenge nicht überschritten wird. Er betont, dass eine Ausnahmeregelung auf Ansuchen für soziale Notfälle möglich ist.

1.Bgmstv. Mayer zeigt sich erfreut über die verlaufenen Beratungen und die Lösung, die von allen getragen wird. Er erkundigt sich, ob Ing. Weiskopf Erfahrungen mit Mülltourismus hat.

Der Vorsitzende antwortet, dass es Erfahrungen gibt: Mülltourismus findet statt, aber nicht in dem Ausmaß, dass gehandelt werden muss. Es gibt Erfahrungswerte von Gemeinden, dass öffentliche Müllkübel befüllt werden oder auch Müll in einer ganz anderen Gemeinde entsorgt wird. Es pendelt sich allerdings ein.

GR Gerstgrasser meint, dass in der ersten Zeit der Wertstoffhof noch mehr frequentiert wird. Er hofft, dass sich der Mülltourismus in Grenzen hält. Aus seiner Sicht ist der Umstellungszeitpunkt perfekt und bezieht sich in diesem Zusammenhang auch auf die Anschaffung des neuen Sammelfahrzeuges. GR Gerstgrasser teilt mit, dass zahlreiche Gemeinden die Müllverwiegung bereits praktizieren und sie sich bewährt hat.

StR Hittler bringt vor, dass auch er Ing. Weiskopf von der Umweltwerkstatt ein großes Danke ausspricht.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Stadtgemeinde Landeck bis jetzt keine schlechte Gebührenordnung gehabt hat. Man hat immer gewusst, dass es an sich kein schlechtes System ist. Das 100 %-ige System gibt es allerdings nicht. Man hat sich jetzt alle Mühe gegeben,

dass die Gebührenordnung für alle Beteiligten nachvollziehbar ist. Sie soll auch eine erzieherische Maßnahme und ein Beitrag für die Umwelt sein. Er dankt dem Obmann des Umweltausschuss, dem Ausschuss, Benno Flatschacher, Walter Gaim und Ing. Bernhard Weiskopf.

StR König bittet die Gemeinde bzw. den Umweltbeauftragten ein Schreiben an die Geschäftsleute zu richten, in dem sie ersucht werden, die Müllkübel nicht zu klein zu halten. Er ist der Ansicht, dass Müllentsorgungsgeräte vorne im Geschäft aufgestellt werden sollten, sodass Kunden gleich den Verpackungsmüll, den sie gekauft haben, entsorgen können.

Der Vorsitzende meint, dass dieser Appell an die Geschäftsleute gerichtet werden kann, aber nicht mit großer Hoffnung verbunden ist. In diesem Zusammenhang informiert der Vorsitzende, dass im Dezember eine öffentliche Veranstaltung über das Müllverwiegesystem im Stadtsaal stattfinden wird.

StR Hittler merkt, an, dass die Geschäfte bei der ARA sind, die Verpackung müsste kein Problem sein.

GR Reinalter fragt an, ob es eine Möglichkeit für den Bürger gibt zu sehen, wie viel Gewicht sein Müllkübel enthalten hat. Der Vorsitzende antwortet, dass der Bürger anrufen kann und vierteljährlich eine Abrechnung erhält.

GR Egg erinnert, dass die Grundgebühr nach Personen abgestuft ist. Bei der Umstellung auf das Müllverwiegesystem erhöht sich die Gebühr für einen 5-Personenhaushalt, es kommt somit zu einer wesentlichen Verteuerung für Familien. Er ersucht die Fälle zu sammeln, bei denen soziale Gründe genannt werden.

StR Hittler betont, dass dies geplant ist. Wenn aufgrund von sozialen Bedürfnissen Ansuchen vorliegen, werden diese behandelt.

#### **Beschluss:**

**Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag einstimmig einverstanden.**

#### **Pkt. 6) der TO.: Antrag des Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, 1. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seinen Sitzungen vom 27.09.2011 und 24.10.2011 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben:

- a) die 3-Zi-Wohnung Salurnerstraße 14 (nach Plattner) an  
**SOLAK Hasan, Landeck, Salurnerstraße 14**
- b) die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 63 (nach Scherl)  
**TÜRKMEN Mustafa, Landeck, Malserstraße 6**
- c) die 2-Zi-Wohnung **Salurnerstraße 14** (nach Walter) im Tauschwege an  
**GAMPER Manuela, Landeck, Flirstraße 13**
- d) die 3-Zi-Wohnung Salurnerstraße 8 (nach Bock) an  
**PRANTNER Veronika, Landeck, Fischerstraße 68**
- e) die 3-Zi-Wohnung Flirstraße 13 b, Top 30 (nach Hazar) an  
**DEMIR Leyla, Landeck, Leitenweg 5 a**

## WOHNUNGSVERGABEN BRUGGFELDSTRASSE

### Rücktritte

- Top 5 GRASSECKER Christine, Landeck
- Top 8 MOSCHEN Michaela, Landeck
- Top 24 LENER Silvia, Pettneu
- Top 45 RAICH Valeria, Kauns
- Top 46 ZANGERLE Jürgen, Kufstein

### Neuvergaben

- Top 5 MOSER Nicole, Landeck
- Top 20 MOSER Daniel
- Top 24 WIESHOFER Leonhard, Urgen
- Top 39 HÖLLRIGL Bernd, Fließ
- Top 43 NOVAK Nadine

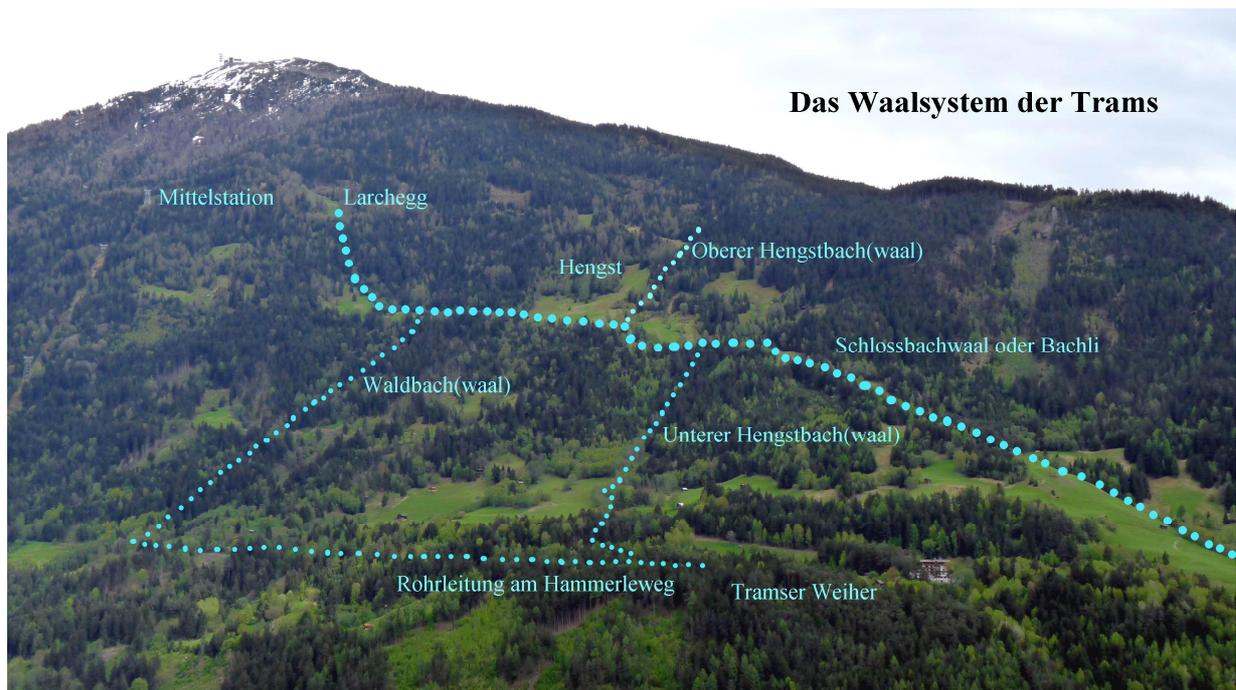
1.Bgmstv. Mayer fügt hinzu, dass die große Wohnung in der Citypassage in der letzten Sitzung vergeben worden ist, nun jedoch wieder frei ist, da die Mieter zurückgetreten sind

**Mit den beantragten Wohnungszuweisungen ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.**

### Pkt. 7) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a. GR Demir stellt nachstehende zwei Anträge an den Gemeinderat:

**Antrag an den Gemeinderat:  
Mehr Wasser für den Tramser Weiher durch den Oberen Hengstbach**



11. Mai 2010, Blick von Stanz auf Krahberg: Das Waalsystem der Trams Foto: W. Egg

Der Gemeinderat möge beschließen, den Oberen Hengstbachwaal z. B. mit Hilfe der Schützenkompanie Landeck oder des AMS (Umweltbaustelle) zu reaktivieren, damit der Tramser Weiher mit mehr Wasser gespeist werden kann.

*Begründung:*

Der Frühsommer, Sommer und Frühherbst 2011 haben gezeigt, dass sehr viele Menschen den Tramser Weiher nützen. Diesem Andrang steht aber ein oft zu geringer Zufluss gegenüber. Die eingeleitete Wassermenge ist aber entscheidend für die Wasserqualität. Durch den kalten und nassen Juli konnte sich der Weiher zwar wieder erholen. Aber was ist, wenn ein Jahr 2003 mit Rekordhitze und -trockenheit sich wiederholt?

Der Obere Hengstbachwaal muss ausgelichtet und ausgeräumt werden, ein Begleitsteig die jährliche Kontrolle und Pflege erleichtern. Derzeit ist der alte Waal verwachsen, die ehemaligen Bergwiesen wachsen zu. Das Wasser versickert durch Baumwurzeln und Moos. Der Untere Hengstbachwaal muss ebenfalls im obersten Bereich des Wiesbergs und im darunterliegenden steilen Wald instand gesetzt werden. Im Bereich der Flur Galpeins hat diese Arbeit Wolfgang Egg bereits seit Jahren übernommen.

Da für diese Arbeit viele starke Hände die schwere Arbeit sehr erleichtern, ist die Mitarbeit eines mitgliederstarken Vereins wichtig. Gleichzeitig wird ein Stück Kulturschicht wiederbelebt.

### **Antrag an den Gemeinderat:**

### **Umrüsten der Gemeinde-PKW's zu Erdgasfahrzeuge (CNG-Fahrzeuge- Compressed Natural Gas) bzw. in Zukunft der Kauf nur von diesen Fahrzeugen**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die PKW's welche der Gemeinde zur Verfügung stehen zu Erdgasfahrzeugen umgerüstet oder in Zukunft nur diese Fahrzeuge gekauft werden.

#### **Begründung:**

Luftverschmutzung ist leider im doppelten Wortsinn in aller Munde. Ruß und Feinstaub machen die Verunreinigung unmittelbarer spürbar als die vielen unsichtbaren Gase. Erdgas verbrennt übrigens ruß- und partikelfrei. Nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit für Themen wie Treibhausgase, Ozon, Klimawandel und globale Erwärmung ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Nun hat auch auf der politischen Ebene europaweit ein Umdenken eingesetzt, das zur Festlegung von Klimazielen führte, die in den nächsten Jahren in nationalen Aktionsplänen umzusetzen sind.

Da man bei diesen Fahrzeugen nicht nur weniger der Umwelt schadet, sondern auch beim Kraftstoffverbrauch Geld spart, wäre es gut als Gemeinde ein Zeichen zu setzen.

Es gibt auch Förderungen für Umrüstungen, die sich von Bundesland zu Bundesland ändern können. Kraftstoffkostenvergleich: mit 10€ fährt man mit Erdgas-223km, mit Diesel-150km und mit Benzin-103km.

### **Der Vorsitzende teilt mit, dass beide Anträge an den Umweltausschuss zur Beratung weitergeleitet werden.**

Der Vorsitzende merkt hinsichtlich des Hengstbachs an, dass dies eine komplizierte Materie ist. Man müsse sich im Detail anschauen, was man machen kann.

Hinsichtlich der gemeindeeigenen Fahrzeuge teilt er mit, dass diese vorwiegend den Städtischen Bauhof betreffen. Für den im Stadtamt verwendeten Fiat macht seiner Meinung nach eine Umrüstung aus heutiger Sicht keinen Sinn, denn das Fahrzeug ist in die Jahre gekommen. Der neu angekaufte LKW entspricht den neuesten Standards, bei den anderen Fahrzeugen besteht eher Erneuerungsbedarf.

StR Hittler fände es gut, wenn die Fraktion „Die Grünen“ zur Umweltausschuss-Sitzung kommen würde. In Bezug auf den Hengstbach informiert er, dass es eine komplizierte Situation ist und spricht er insbesondere die Wasserrechte an. Das Thema wurde in der letzten Ausschuss-Sitzung behandelt. Man werde gemeinsam mit dem Bau- und Wasserausschuss die Rechte prüfen. Wenn man zu einer Ausschuss-Sitzung kommen würde, müsste dies alles bekannt sein. Hinsichtlich der Fahrzeuge meint er, dass auch Elektroauto in Betracht zu ziehen sind.

1.Bgmstv. Mayer möchte wissen, ob „Die Grünen“ bereits mit der Schützenkompanie gesprochen haben. GR Demir antwortet, dass man mit der

Schützenkompanie nicht gesprochen hat, man hat an einen starker Verein gedacht wie zB.: die Schützen oder den Sportverein.

StR König bezieht sich auf die Wasserqualität des Tramser Weiher. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass im Zuge der Sanierung des Weihers ein laufendes Monitoring in Auftrag gegeben worden ist. Er erinnert, dass in den 20er Jahren das Baden am Tramser Weiher verboten war, damit die Leute ins Schwimmbad gehen.

StR Jörg ist der Ansicht, dass die Wasserrechte die schwierigste Frage darstellen.

2.Bgmstv. Jenewein meint, dass das Hauptproblem nicht zu wenig Wasser ist, sondern die Qualität des Wasser. Mehr Wasser wäre besser, aber auch die Qualität ist entscheidend. Man werde prüfen, was möglich ist.

- b. StR König merkt an, dass der Verein ATIB Ende des Jahres die KFZ-Station schließen wird. Er erkundigt sich wie viel Parkplätze sich dort ausgehen werden. Der Vorsitzende antwortet, dass dies 5 sein werden.

Des Weiteren bezieht sich StR König auf die im selben Gebäude untergebrachte Imanwohnung. Der Vorsitzende informiert, dass dies in Bearbeitung ist.

StR König erwähnt, dass entlang der Rampe keine Ladezone besteht. Der Vorsitzende bejaht dies. Hinsichtlich der bestehenden Ladezone vor dem Gebäude teilt er mit, dass diese nicht für die Fa. Pümpel verordnet worden ist. Die Verordnung richtet sich an die Allgemeinheit.

StR König stellt fest, dass die Grünanlage beim Stadtplatz rasch entfernt worden ist. Darüber hinaus erinnert er an den Stolperstein. Der Vorsitzende antwortet, das Ing. Handle gemeinsam mit Herrn Spiss sich dies anschauen wird.

- c. StR Jörg informiert über die Sitzung betreffend die Wirtschafts- und Standortentwicklung. Er ist der Meinung, dass es eine interessante Sitzung war, es wird konkreter, insgesamt geht es um Organisationsstrukturen. Die Wirtschafts- und Standortentwicklung ist in mehrerer Hinsicht eine Herausforderung: fachlich, rechtlich und politisch. StR Jörg ist davon überzeugt, dass es ein Meilenstein für Zams und Landeck ist, wenn man etwas schaffen könnte.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man dabei ist, Strukturen aufzubauen, um ein Gerüst zu haben, wie so etwas funktionieren könnte. Im Jänner 2012 ergehen weiterführende Informationen an die Gemeinderäte.

- d. GR Vöhl lädt den Gemeinderat zum Music Project der Stadtmusikkapelle Landeck am 25. und 26. November im Stadtsaal ein. Eintrittskarten können direkt bei ihm gekauft werden.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG